

## Nur wenig Veränderung: Die Parlamentswahlen in Südafrika vom 7. Mai 2014

Thorsten Winkelmann und Jost F. Noller

2014 wurden zum fünften Mal demokratische Wahlen in Südafrika nach Überwindung der Apartheid abgehalten. Seit 1994 hat der African National Congress (ANC) immer über 60 Prozent der Stimmen erzielt, 2004 erreichte er sogar mit fast 70 Prozent eine Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung, die er jedoch 2009 mit 65,9 Prozent knapp verfehlte. Die Hauptfrage, die sich 2014 stellte, war, ob der ANC wieder eine Zweidrittelmehrheit oder zumindest über 60 Prozent der Stimmen gewinnen würde, denn seit der letzten Wahl hatten sich die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Südafrika erheblich verschärft. So hatten Korruption und Vetternwirtschaft zugenommen und wilde Streiks wie monatelange Arbeitsniederlegungen speziell die für das Land so wichtige Bergbauindustrie zweitweise lahmgelegt. Die Wahl von 2014 musste aber auch entscheiden, ob der amtierende Präsident *Jacob Zuma* als ANC-Spitzenkandidat seine dominierende Stellung im politischen System weiterhin festigen würde.

### 1. Soziale Gegensätze, gesellschaftliche Konflikte und politische Probleme

Obwohl Südafrika seit den 1990er Jahren die Transformation von einem nach rassistischen Kriterien aufgebauten Staat hin zu einer liberalen Demokratie mit Gleichheit vor dem Gesetz und dem verfassungsrechtlichen Schutz der Menschenrechte geschafft hat, weist das Land erhebliche sozioökonomische Gegensätze auf. So lebt vielfach die so genannte „Erste“ und die so genannte „Dritte Welt“ nur durch einen Highway voneinander getrennt. Diese soziale Misere wollte der nunmehr seit 1994 regierende ANC zugunsten der zuvor ausgegrenzten schwarzen Bevölkerungsmehrheit verändern. Vieles wurde seitdem erreicht. Die Verfassung ist eine der modernsten der Welt.<sup>1</sup> Freiheit und Wahlrecht für alle Bürger sind darin garantiert. 3,5 Millionen Häuser sind für die Armen gebaut worden, 19 Millionen Menschen erhalten finanzielle Unterstützung vom Staat wie Rente oder Kindergeld. Der befürchtete Bürgerkrieg zwischen den Rassen blieb genauso aus wie die Errichtung einer kommunistischen Diktatur. Stattdessen entstand eine freie Gesellschaft ohne rechtliche Diskriminierung. Die Abschaffung der Rassentrennung ermöglichte die Öffnung des zuvor international isolierten Landes nach außen, was unter anderem zur Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahre 2010 führte. Wirtschaftlich ging es in den letzten beiden

1 So übereinstimmend South African Human Rights Commission, *Reflections on Democracy and Human Rights: A Decade of the South African Constitution*, Johannesburg 2006, S. 6; *Conor Colasurdo / Rebecca Marlin*, Special Interview: South Africa's Constitutional Jurisprudence and the Path to Democracy: An Annotated Interview with Dikgang Moseneke, Acting Chief Justice of the Constitutional Court of South Africa, in: *Fordham International Law Journal*, 37. Jg. (2014), H. 2, S. 279 – 308, S. 298; *Rowan Philip*, In Love with SA's Constitution: Why Does a US Supreme Court Justice Prefer South Africa's Constitution to Her Own?, in: *Mail & Guardian* vom 24. Februar 2012, <http://mg.co.za/article/2012-02-24-in-love-with-sas-constitution> (Abruf am 10. August 2014).

Jahrzehnten mit Südafrika mit Ausnahme des weltweiten Rezessionsjahres 2009 nur aufwärts, das Brutto sozialprodukt hat sich verdreifacht und das bei einer – für aufstrebende Länder – vergleichsweise moderaten Inflationsrate von durchschnittlich sechs Prozent. Jährliche Wachstumsraten von knapp vier Prozent ließen eine neue schwarze Mittelschicht von rund zehn Millionen Südafrikanern entstehen.

Gleichwohl verdichten sich in den Armenvierteln die Probleme<sup>2</sup>: Neben einer offiziellen Arbeitslosenquote von über 30 Prozent (die Dunkelziffer beträgt schätzungsweise 40 Prozent) gehören die vornehmlich von den Schwarzen bewohnten Townships wohl zu den gefährlichsten Orten der Welt, wo die Grenze zwischen Beschaffungskriminalität, organisiertem Verbrechen und dem alltäglichen Überlebenskampf zunehmend verschwindet. Da ein Mindestmaß an Sicherheit nicht gewährleistet ist, die Polizei machtlos gegenüber rivalisierenden Jugendgangs erscheint und der daraus resultierende ressentimentgeladene Nihilismus sich nahezu ausschließlich gegen die unmittelbare Nachbarschaft richtet, nehmen die Bewohner der Armenviertel Recht und Ordnung in die eigenen Hände beziehungsweise legen sie in die der organisierten Kriminalität. Diese archaischen Verhältnisse diskriminieren vornehmlich Frauen und Minderheiten. So hat das Land die höchsten Zahlen sexueller Gewalt weltweit, wovon selbst Kinder und ältere Frauen nicht verschont werden.<sup>3</sup> Besonders junge Männer versuchen, durch Gewalt gegen Frauen eigene Komplexe zu kompensieren, wobei die weitverbreiteten traditionellen patriarchalischen Strukturen sicherlich ihren Teil dazu beitragen. Derartige Übergriffe werden durch ein Klima begünstigt, das sexuelle Gewalt toleriert und in dem entsprechende Taten strafrechtlich kaum verfolgt werden. Vom Zustand permanenter Unsicherheit sind ebenso die vielen ausländischen Flüchtlinge und Arbeitsmigranten betroffen, die die Mehrheitsgesellschaft für die alltäglichen Probleme verantwortlich macht. Vehement widersetzen sich die Bewohner der Elendsviertel dem Zuzug von zumeist illegal eingewanderten Ausländern aus den Nachbarstaaten wie Zimbabwe, deren ungeklärter Status sie dem Missbrauch durch Sicherheitskräfte und Teile der Bevölkerung gleichermaßen schutzlos aussetzt.<sup>4</sup>

Doch nicht nur die Sicherheitslage ist prekär. Die südafrikanische Regierung scheitert darüber hinaus am flächendeckenden Auf- und Ausbau der Daseinsvorsorge. In Zahlen ausgedrückt: 31 Prozent aller Südafrikaner leben in absoluter Armut, 14 Prozent wohnen in primitiven selbstgeziimmerten Hütten, 13 Prozent haben keine Elektrizität, 5,6 Millio-

- 2 Zu weiteren Problemen und den daraus resultierenden Konsequenzen siehe *Thorsten Winkelmann*, Südafrika im Umbruch, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, 62. Jg. (2013), H. 3, S. 401 – 412, S. 404 f.
- 3 Vgl. *Inge Petersen / Arvin Bhana / Mary McKay*, Sexual Violence and Youth in South Africa: The Need for Community-based Prevention Interventions, in: *Child Abuse & Neglect*, 29. Jg. (2005), S. 1233 – 1248; *Julia Kim / Mmatshilo Motsei*, „Women Enjoy Punishment“: Attitudes and Experiences of Gender-based Violence among PHC Nurses in Rural South Africa, in: *Medicine*, 54. Jg. (2002), H. 8, S. 1243 – 1254; *Lisa Vetten*, Violence Against Women in South Africa, in: *Sakhela Buhlungu / John Daniel / Roger Southall / Jessica Lutchman*, State of the Nation – South Africa 2007, Cape Town 2007, S. 425 – 447; *Naeemah Abrahams / Rachel Jewkes / Lorna J. Martin / Shanaaz Mathews / Lisa Vetten / Carl Lombard*, Mortality of Women from Intimate Partner Violence in South Africa: A National Epidemiological Study, in: *Violence and Victims*, 24. Jg. (2009), H. 4, S. 546 – 556.
- 4 Zu den Hintergründen siehe *Norbert Kersting*, Gesellschaftliche Teilhabe, Identität und Fremdenfeindlichkeit in Südafrika, in: *APuZ*, (2010), H. 1, S. 33 – 39; *Loren B. Landau*, Loving the Alien? Citizenship, Law, and the Future in South Africa's Demonic Society, in: *African Affairs*, 108. Jg. (2009), H. 435, S. 391 – 412.

nen sind mit HIV infiziert, fast ein Drittel aller Schulumädchen ist HIV-positiv.<sup>5</sup> Überdies schafft weniger als die Hälfte der südafrikanischen Schüler überhaupt einen Sekundarschulabschluss; die abgehängte Mehrheit gilt als verlorene Generation und hat nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Gegen diese Zustände häuften sich in der jüngsten Vergangenheit so genannte „Service Delivery Protests“, also soziale Proteste gegen Armut und Unfähigkeit der Verwaltung. Diese „Rebellion der Armen“ verläuft oftmals in gewalttätigen Bahnen und verweist in politischer Hinsicht auf die Frustration der Township-Bewohner, die auch im neuen Südafrika kaum Perspektiven für eine bessere Zukunft sehen.

In wirtschaftlicher Hinsicht mehren sich ebenfalls die Probleme. So hat die Ratingagentur Moody's dem Investitionsstandort am Kap der Guten Hoffnung ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt und die Handlungsfähigkeit der Regierung offen hinterfragt.<sup>6</sup> Was anfangs als kleiner Streik in einer Platinmine nahe Johannesburg begann, entwickelte sich in der Folgezeit zu einer der schwersten Krisen des Landes seit dem Ende der Apartheid. Über 80.000 Bergleute befanden sich zwischenzeitlich im Ausstand und verlangten bis zu 22 Prozent mehr Lohn – aufgewiegelt von radikalen Gewerkschaften, die nicht mehr Teil der Dreiparteienallianz zwischen dem ANC, der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU sind. Derartige Lohnforderungen bedeuten für die ohnehin schon angeschlagene Bergbauindustrie eine weitere Erschwernis. Vielfach mündeten diese Demonstrationen in Gewalt und greifen auf immer mehr Branchen wie etwa die Landwirtschaft über. Um ihre Lohnforderungen durchzusetzen, blockierten Farmarbeiter tagelang die lebenswichtige Autobahn zwischen Kapstadt und Johannesburg mit Felsbrocken und brennenden Autoreifen. Eine Lösung ist auch deshalb so schwierig, weil die unrealistischen Lohnforderungen mit politischen Fragen verknüpft werden. Bezeichnend dafür ist, dass Südafrika mehr Arbeitstage durch Streiks verliert als jedes andere Land der Welt – Tendenz steigend. Hinzu kommt, dass das Verhältnis von (vielfach weißen) Arbeitgebern und (schwarzen) Arbeitnehmern durch rassistisch gefärbte Feindbilder geprägt ist. Statt einen für alle Seiten zufriedenstellenden Kompromiss anzustreben, der sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die Anliegen der Minenarbeiter berücksichtigt, hat die Polizei im Jahr 2012 im Platinbergwerk Marikana bei Rustenburg 34 streikende Bergleute erschossen und 78 weitere verletzt. Der weltweit größte Platinproduzent Angloplat entließ daraufhin 12.000 streikende Arbeitnehmer, nachdem diese eine von den Gerichten angeordnete Rückkehr zur Arbeit zum wiederholten Male ignoriert hatten. Andere Unternehmen, wie etwa Afrikas größter Eisenerzproduzent Kumba, haben nach Protestaktionen gleich ganze Minen geschlossen, wodurch mehrere Tausend Kumpels ihre Arbeit verloren.<sup>7</sup> Von der Streikwelle wurde der regierende ANC überrascht und reagierte dann in Schuldzuweisungen gegenüber der Bergbauindustrie, die sich seiner Meinung nach noch immer in weißen Händen befände.<sup>8</sup> Doch in diesem Fall funktionierten die eingeübten Freund-

5 Zahlen aus „South Africa – Where will the rainbow end?“, in: *The Economist* vom 3. Mai 2014, S. 31 – 33.

6 Vgl. *Patrick McGroarty*, Moody's Lowers South Africa's Foreign Debt Rating, in: *The Wall Street Journal* vom 6. November 2014, <http://www.wsj.com/articles/moodys-lowers-south-africas-foreign-debt-rating-1415297948> (Abruf am 17. Januar 2015).

7 Zahlen aus *Wolfgang Drechsler*, Es brodeln am Kap, in: *Der Tagesspiegel* vom 8. Oktober 2012, S. 6.

8 Eingehend zur Problematik *Denis M. Tull*, Südafrikas Bergbau: Talfahrt im Zeichen innenpolitischer Konflikte, SWP-Studie, Berlin 2013.

Feind-Bilder nur noch bedingt. Hingegen wächst in der südafrikanischen Gesellschaft zunehmend das Gefühl, dass sich seit dem Machtantritt des ANC 1994 die soziale Kluft in der Gesellschaft vergrößert habe. Statt Verbesserungen für die breite Masse anzustreben, profitierte hauptsächlich eine kleine schwarze Elite mit engen Verbindungen zum ANC von der Transformation.

Die zunehmende Verquickung von Staat und Partei erschwert nicht nur die Lösung fundamentaler gesellschaftlicher Probleme, sondern tendiert – wie zahlreiche Beispiele auf dem afrikanischen Kontinent belegen – mit der Zeit zu einem zunehmend autoritär-repressiven System. Diese Entwicklung zeigt sich im Land bereits im Abbau demokratischer Errungenschaften. So sind Versuche zu erkennen, etwa das Verfassungsgericht (Constitutional Court of South Africa) mehr nach Kriterien politischer Konformität zu besetzen, was auf eine Instrumentalisierung der für die Besetzung von Richterämtern zuständigen Judicial Service Commission hinausläuft.<sup>9</sup> Da die Justiz vom ANC als latent oppositionell, teilweise sogar als konterrevolutionär eingeschätzt wird, hat die Regierung eine Untersuchungskommission eingesetzt, die die Entscheidungen des Verfassungsgerichts mit dem Ziel überprüfen soll, „gemeinsame“ Transformationsziele zu erreichen.<sup>10</sup> Nach diesem Verständnis haben sich die Gerichte dem aus Wahlen hervorgegangenen politischen Mandat unterzuordnen. Auch die nach wie vor freie und unabhängige Presse soll etwa durch das „Gesetz zum Schutz von Staatsinformationen“ künftig einer stärkeren staatlichen Kontrolle unterliegen. Das Gesetz sieht Haftstrafen bis zu 25 Jahren für Journalisten vor, wenn sie als vertraulich klassifizierte Informationen veröffentlichen. Hierzu gehören auch die Angaben zu öffentlichen Aufträgen und Staatsunternehmen – zwei besonders korruptionsgefährdete Berührungspunkte von Politik und Wirtschaft.

Neben der sukzessiven Aushöhlung gewaltenteilender und machtwortschränkender Elemente, die mit der Ablehnung eines echten Mehrparteiensystems einhergeht und abweichende Meinung schnell als konterrevolutionär diffamiert, zeigt sich die zunehmende Verschmelzung von Partei und Staat auch in einer ausufernden Korruption. In Zahlen ausgedrückt rutschte Südafrika im Korruptionsranking von Transparency International innerhalb weniger Jahre von Platz 36 (2002) auf Platz 72 (2014) ab. Posten in Provinzen und Gemeinden werden weniger nach Eignung als nach politischer Zugehörigkeit zum ANC besetzt.<sup>11</sup> Gesetzliche Quotenregelungen in Wirtschaft und Verwaltung („Affirmative Ac-

- 9 Vgl. IDASA (Project Country Research Institution for the United Nations Economic Commission for Africa), African Governance Report III – Elections and the Management of Diversity in Africa: National Country Report for South Africa, Pretoria 2012, S. 30; *Sujit Choudhry*, „He Had a Mandate“: The South African Constitutional Court and the African National Congress in a Dominant Party Democracy, in: Constitutional Court Review, 2. Jg. (2009), H. 1, S. 1 – 86; *Mark Kende*, Enforcing the South African Constitution: The Fight for Judicial Independence and Separation of Powers, in: Transnational Law & Contemporary Problems, 23. Jg. (2014), H. 1, S. 35 – 49.
- 10 So *Werner Böhler*, Verfassung und Gewaltenteilung: Wie unabhängig bleibt die Justiz in Südafrika, KAS-Länderbericht, Johannesburg 2011; *Richard William Johnson*, South Africa's Brave New World: The Beloved Country Since the End of Apartheid, London 2009, S. 153; *Theunis Roux*, The Politics of Principle: The First South African Constitutional Court, Cambridge 2012.
- 11 Vgl. *Roger Southall*, Democracy at Risk? Politics and Governance under the ANC, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd. 652 (2014), H. 1, S. 48 – 69, S. 63 f.; Bertelsmann Stiftung, BTI 2014 – South Africa Country Report, Gütersloh 2014, S. 8; Public Affairs Research Institute, Diagnostic Research Report on Corruption, Non-Compliance and

tion“, „Black Economic Empowerment“) kommen bevorzugt früheren Protagonisten des Widerstandes gegen die Apartheid zugute. Damit einher geht der Versuch, sämtliche Hebel der Macht nach personalpolitischen Kriterien zu besetzen: So sind Armee, Polizei, halbstaatliche Unternehmen sowie Teile des öffentlichen Rundfunk- und Fernsehwesens bereits weitgehend vom ANC dominiert.

Die vielfältigen Möglichkeiten zur individuellen Bereicherung sind auch ein wesentlicher Grund für den Ausbruch interner Machtkämpfe im ANC. Eine weitere Ursache ist die unklare programmatische Ausrichtung der Regierungspolitik. So wird die während der Transformation gefundene Einigung mit den alten Machthabern, die ihre ökonomischen Privilegien weitestgehend behalten konnten, zunehmend in Frage gestellt. Weil nennenswerte Erfolge beim Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit ausgeblieben sind und die sozialen Gegensätze sich weiter verschärft haben, wecken vor allem die vornehmlich von Weißen dominierten Besitzverhältnisse sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie vermehrt Begehlichkeiten. Korrespondierende Forderungen reichen von der Verstaatlichung von Bergwerken und Banken über die Nationalisierung von Schlüsselindustrien bis hin zur generellen Enteignung weißer Farmer. Obwohl sich die Konsequenzen einer solchen revolutionären Umgestaltung eingehend im Nachbarland Zimbabwe studieren lassen, wo die Menschen in der ehemaligen Kornkammer Afrikas seit Jahren Hunger leiden, setzt man in Südafrika als Zwischenstufe zunächst auf staatliche Lösungen. Mit anderen Worten: Statt der Wirtschaft mehr Freiräume zu geben, den überregulierten Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und die weithin als ineffizient geltende Verwaltung zu modernisieren, mischt sich der Staat von Jahr zu Jahr stärker in das Wirtschaftsleben ein. So versucht die Regierung Betriebe wie den Strommonopolisten Eskom oder den Transportriesen Transnet noch stärker unter ihre Kontrolle zu bringen. Ein derartiger staatlicher Dirigismus hat in Verbindung mit den sprunghaft angestiegenen Löhnen im öffentlichen Sektor zu einer Verdoppelung des staatlichen Schuldenstands innerhalb weniger Jahre geführt. Mit der zunehmenden Bürokratisierung sinkt die Produktivität, wodurch Südafrika im Vergleich zu anderen aufstrebenden Ländern immer mehr an Konkurrenzfähigkeit verliert. Linke Kräfte im Land wollen sogar noch einen Schritt weitergehen: Sie befürworten die Verstaatlichung bestimmter Industriezweige nach dem Vorbild von *Hugo Chavez* in Venezuela.

## 2. Politische Entwicklungen im Vorfeld der Wahlen

Wie oben erwähnt waren am 16. August 2012 bei den Auseinandersetzungen mit streikenden Minenarbeitern in Marikana 34 Arbeiter von der Polizei erschossen worden. Dieses „Massaker“ nahm der damalige Vorsitzende der ANC-Jugendliga (ANCYL) *Julius Malema* zum Anlass, heftig gegen die Partei- und Staatsführung zu polemisieren. *Malema*, der vor der Wahl 2009 die Nominierung von *Jacob Zuma* zum Präsidentschaftskandidaten des ANC tatkräftig unterstützt hatte, wollte sich mit seinen fortgesetzten massiven öffentlichen Angriffen auf *Zuma* nicht der Parteidisziplin unterwerfen, was erst zu seiner Suspendierung

Weak Organisations, Parktown West 2012, S. 27 ff.; *Roger Southall*, The ANC for Sale? Money, Morality & Business in South Africa, in: Review of African Political Economy, 35. Jg. (2008), H. 116, S. 281 – 299; *Gaston Kalombo*, Understanding Political Corruption in Post-Apartheid South Africa: The Gauteng Experience (1994 – 2004), Johannesburg 2005.

und dann sogar zu seinem Ausschluss aus dem ANC führte. Als Reaktion darauf gründete er mit Gesinnungsgenossen eine eigene Partei, die Economic Freedom Fighters (EFF), die zu den Wahlen von 2014 antrat. Wie die radikale Programmatik der EFF zeigt, lässt sich diese Parteigründung auch als Abspaltung von Teilen des linken ANC-Flügels interpretieren. Neben der Verstaatlichung von Minen und Banken propagieren die EFF eine umfassende Bodenreform. Die selbsternannten „Kämpfer für wirtschaftliche Freiheit“ hofften, so von den anhaltenden Problemen in den Armenvierteln in Verbindung mit Korruption und Skandalen im ANC profitieren zu können.

Auf der anderen Seite steht die liberal ausgerichtete offizielle Opposition in Form der Democratic Alliance (DA), die von der Regierungschefin (Premier) der Provinz Westkap, *Helen Zille*, deren Vorfahren aus Deutschland stammen, angeführt wird. Die DA hatte und hat mit dem Problem zu kämpfen, dass sie von den meisten Schwarzen in Südafrika als Partei der Minderheiten, speziell der Weißen und Kap-Farbigen (im Englischen als „Coloureds“ bezeichnet) angesehen wird.<sup>12</sup> Um genau diesen Eindruck zu konterkarieren, hatte sich *Helen Zille* mit der Vorsitzenden der erst knapp ein Jahr zuvor gegründeten Partei Agang South Africa („Lasst uns Südafrika bauen“), *Mamphela Ramphele*, zusammengetan. Die renommierte schwarze Anti-Apartheid-Aktivistin, frühere Lebensgefährtin des unter dem Apartheid-Regime in der Haft ums Leben gekommenen *Steve Biko* und frühere Weltbank-Managerin sollte als Präsidentschaftskandidatin der DA in den Wahlkampf ziehen. Doch keine Woche nach ihrer Verkündung brach die Allianz wieder auseinander, und die DA und Agang SA gingen jeweils mit getrennten Kandidatenlisten in den Wahlkampf. Hingegen vollzogen die Independent Democrats, die bei der Wahl von 2009 mit 0,92 Prozent der Stimmen vier Sitze in der Nationalversammlung gewonnen hatten, ihre schon 2010 bekundete Absicht, sich der DA anzuschließen, Anfang 2014 auch organisatorisch.

Weitere politisch relevante Ereignisse gingen der Wahl voraus: Im Januar 2011 spaltete sich von der Inkatha Freedom Party (IFP), der Zulu-Partei *Buthlezis*, die National Freedom Party (NFP) ab, die 2014 ebenfalls antrat. Risse hatten sich auch in der traditionellen Allianz zwischen dem ANC und den Gewerkschaften, die dem Dachverband COSATU angehören, aufgetan. Im Dezember 2013 beschloss die größte Einzelgewerkschaft im COSATU, die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA auf ihrem Kongress, den ANC und Präsident *Zuma* nicht mehr zu unterstützen. Der Vorstand der Gewerkschaft FAWU (Food and Allied Workers Union) übte Ende Februar 2014 heftige Kritik am ANC, enthielt sich

12 Nach der amtlichen Volkszählung (Census) von 2011 setzt sich die Bevölkerung Südafrikas nach Bevölkerungsgruppen wie folgt zusammen: 79,2 Prozent Schwarze, jeweils 8,9 Prozent Weiße und Kap-Farbige, 2,5 Prozent Inder beziehungsweise Asiaten und 0,5 Prozent Andere; vgl. <http://www.statssa.gov.za/publications/p03014/p030142011.pdf> (Abruf am 19. Januar 2015). Die Bevölkerungsgruppen werden dabei folgendermaßen bezeichnet: „Black African, Coloured, Indian/Asian, White, Other.“ Die Kap-Farbigen („Coloureds“) werden in deutschsprachigen Publikationen auch öfter als „Mischlinge“ bezeichnet. In der Provinz Westkap machen sie mit 48,8 Prozent fast die Hälfte der Bevölkerung aus. Die meisten von ihnen sprechen als Muttersprache das aus dem kapholländischen Dialekt entstandene Afrikaans. Zur Definition der südafrikanischen Bevölkerungsgruppen siehe auch *Jost F. Noller*, Theorie und Praxis der Apartheid. Eine Analyse der Grundlagen und Bedingungen der Politik der ‚Getrennten Entwicklung‘ in Südafrika, Frankfurt am Main / Bern / Las Vegas 1977, S. 13 ff.; *ders.*, Südafrika, in: *Dolf Sternberger / Bernhard Vogel / Dieter Nohlen / Klaus Landfried* (Hrsg.), Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, Band II, Afrika: Politische Organisation und Repräsentation in Afrika, 2. Halbband, Berlin / New York 1978, S. 1995 – 2100, S. 2074 ff.

jedoch der Aufforderung, nicht mehr den ANC zu wählen, da die DA und EFF noch schlechtere Alternativen darstellten. Auch bislang treue Gefolgsleute wendeten sich vom ANC ab. So initiierte *Ronnie Kasrils*, von 2004 bis 2008 südafrikanischer Geheimdienstchef und von 1986 bis 2008 ZK-Mitglied der mit dem ANC verbündeten Kommunistischen Partei SACP, zusammen mit der vorherigen stellvertretenden Gesundheitsministerin in der ANC-Regierung, *Nozizwe Madlala-Routledge*, im April eine Kampagne, sich entweder der Stimme zu enthalten, oder anstelle des ANC eine der kleinen Parteien zu wählen. Und der frühere anglikanische Erzbischof von Kapstadt, Anti-Apartheid-Aktivist, Vorsitzender der Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission) und Friedensnobelpreisträger *Desmond Tutu* erklärte öffentlich, er sei froh, dass *Nelson Mandela* tot sei und somit das, was die ANC-Regierung in Südafrika anstelle, nicht mehr zur Kenntnis nehmen müsse.<sup>13</sup>

### 3. Themen im Wahlkampf

Die Oppositionskritik an der Regierung von Präsident *Zuma* konzentrierte sich auf die hohe Arbeitslosigkeit und die mangelnde Schaffung neuer Arbeitsplätze, die um sich greifende Korruption in Staat und Verwaltung sowie allgemein auf die schlechte Führung des Landes.<sup>14</sup> Die EFF forderten eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und erhoben wegen des „Marikana-Massakers“ schwere Vorwürfe gegen die Regierung und den ANC.<sup>15</sup> Die DA als größte Oppositionspartei warf der Regierung neben einer ineffizienten staatlichen Verwaltung und einer schlechten Wirtschaftspolitik vor allem vor, bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze eklatant versagt zu haben. Ein zentrales Thema des Wahlkampfes war jedoch die immer stärker um sich greifende Korruption und Selbstbereicherung der ANC-Führungskader. Stellvertretend hierfür steht „Nkandla“: *Zuma* ist heftiger Kritik ausgesetzt, weil er neben seinen offiziellen Residenzen in Pretoria, Kapstadt und Durban seine Privatresidenz in Nkandla in seiner Heimatprovinz KwaZulu-Natal auf staatliche Kosten angeblich zur „Verbesserung der Sicherheit“ umfangreich ausgebaut hat, inklusive Amphitheater, Schwimmbad, Hubschrauberlandeplatz, Hausklinik sowie verschiedene Häuser für seine vier Frauen und seinen vielköpfigen Familienclan. Das so genannte „Nkandla-Gate“

13 Vgl. *Bianca Capazorio*, Tutu: I'm Glad Madiba is Dead, in: Sunday Times (Johannesburg) vom 27. April 2014, <http://www.timeslive.co.za/local/2014/04/27/i-m-glad-that-madiba-is-dead-tutu> (Abruf am 16. Juni 2014).

14 Vgl. *Marianne Merten*, Parties Slam ANC Failures, in: Cape Argus vom 19. Februar 2014, <http://www.iol.co.za/news/politics/parties-slam-anc-failures-1.1649243#.VAYFQGOjAo> (Abruf am 19. Februar 2014); *Richard Calland*, The Zuma Years: South Africa's Changing Face of Power, Cape Town 2013; *William M. Gumede*, South Africa: Jacob Zuma and the Difficulties of Consolidating South Africa's Democracy, in: African Affairs, 107. Jg. (2008), H. 427, S. 261 – 271.

15 Ziemlich abstrus indes war die Behauptung des EFF-Chefs *Malema*, nicht der ANC, sondern eine „Stellenbosch-Mafia“ (Stellenbosch ist eine afrikaans geprägte Universitätsstadt im Westkap), hinter der der früher mächtige burisch-afrikaanse Geheimbund „Broederbond“ stecke, habe Südafrika in Wirklichkeit unter Kontrolle. Vgl. *Jan Cronje*, 'Stellenbosch Mafia' Controls SA – Malema, in: Weekend Argus vom 16. März 2014, <http://www.iol.co.za/news/special-features/stellenbosch-mafia-controls-sa-malema-1.1662015#.VAYB6WOpjAo> (Abruf am 16. März 2014). Zu den Vorgängen in Marikana *Raphael Botiveau*, The Politics of Marikana and South Africa's Changing Labour Relations, in: African Affairs, 113. Jg. (2014), H. 450, S. 128 – 137.

erhielt auch wegen der abstrusen Rechtfertigungsversuche *Zumas* nationale Aufmerksamkeit; so wurde nach Bekanntwerden der aus dem Ruder gelaufenen Kosten etwa der neue Swimmingpool prompt zu einem „Feuerlöschteich“ umgewidmet. Auf scharfe Kritik stieß außerdem das völlige Versagen sämtlicher Kontrollgremien – von den zuständigen Ministerien bis zu den Rechnungshöfen.

Die Gegenstrategie des ANC bestand in erster Linie darin, sich auf das Vermächtnis von *Nelson Mandela* zu berufen und die Vollendung seines Konzeptes eines neuen Südafrika in Anspruch zu nehmen. In der Vergangenheit hatte die Integrations- und Symbolfigur *Mandela*, der in Südafrika auch unter seinem Clannamen *Madiba* bekannt ist, über Korruptionsfälle hinwegsehen lassen. Von seinem außerordentlichen Charisma hatte der ANC seit der Überwindung der Apartheid immens profitiert. Er, der unter dem Apartheid-Regime 27 Jahre lang inhaftiert gewesen war, war wie wenige andere Freiheitskämpfer von einem beispielhaften Geist der Versöhnung beseelt gewesen und galt schon deshalb als der alles überstrahlende Hoffnungsträger des neuen Südafrika mit seinen elf Amtssprachen und zahlreichen Volksgruppen. In früheren Jahren war der ANC nicht deshalb so erfolgreich gewesen, weil er die drängendsten Probleme des Landes gelöst oder gar Antworten auf künftige Herausforderungen gefunden hätte. Vielmehr wurde er so stark, „weil er *Mandelas* Partei ist und bislang immer für sich in Anspruch nahm, im Namen des ersten schwarzen Präsidenten zu sprechen“<sup>16</sup>. Die schon zu Lebzeiten begonnene, mit quasi-religiösen Zügen behaftete Historisierung seiner Person zielte immer auch darauf ab, sentimental-schwärmerisch an die Leistungen des ANC im Befreiungskampf zu erinnern. Eine derartige Verklärung der Vergangenheit birgt in ihrer Rückwärtsgewandtheit die Gefahr in sich, den Blick auf gegenwärtige Probleme und künftige Herausforderungen zu verstellen. So setzte der ANC in seinem Wahlkampf nochmals erfolgreich auf den Mythos *Mandela*. Mit der Kampagne „Do it for Madiba“ mobilisierte die Partei nicht nur ihre eigenen Anhänger, sondern konnte dadurch auch erfolgreich andere Themen wie die Streiks, den Verfall der Landeswährung Rand, Korruption, Misswirtschaft, ineffiziente öffentliche Verwaltung, Armut und Arbeitslosigkeit in den Hintergrund drängen. Außerdem war der Wahlkampf medial überlagert vom Verlauf des Strafprozesses gegen den Behindertensportler und Olympioniken *Oscar Pistorius*, der nachts in seinem Haus seine Freundin erschossen hatte.

#### 4. Das Wahlergebnis

In Südafrika wird nach einem System reiner Verhältniswahl mit starren Listen gewählt, wobei die Reihenfolge der Kandidaten von den Parteien auch noch nachträglich abgeändert werden kann. Die 400 Sitze in der Nationalversammlung werden zur einen Hälfte über eine nationale Kandidatenliste und zur anderen Hälfte über regionale Kandidatenlisten der Parteien vergeben.<sup>17</sup> Dabei wird jedoch keine bestimmte mathematische Formel benutzt,

16 *Thomas Scheen*, *Madibas Traum*, in: FAZ vom 7. Dezember 2012, S. 1.

17 Zur historischen Genese *Tom Lodge*, *How the South African Electoral System was Negotiated*, in: *Journal of African Elections*, 2. Jg. (2003), H. 1, S. 71 – 76 und zum Wahlsystem *David Pottie*, *The Electoral System and Opposition Parties in South Africa*, in: *Democratization*, 8. Jg. (2001), H. 1, S. 25 – 52; *Roger Southall*, *The State of Democracy in South Africa*, in: *Commonwealth & Comparative Politics*, 38. Jg. (2000), H. 3, S. 147 – 170; *Heather Deegan*, *Politics South Africa*,

sondern es wird auf nationaler wie regionaler Ebene anhand der abgegebenen Stimmen eine Quote pro zu vergebendem Sitz errechnet. In einem ersten Schritt erhält jede Partei so viele Sitze, wie oft sie diese Quote erfüllt. In einem zweiten Schritt werden bis zu fünf Sitze an die Parteien mit der höchsten Restzahl der Quote vergeben. Eventuell noch fehlende Sitze zur Gesamtzahl von 400 werden dann an die Parteien mit den höchsten Durchschnittssitzmimenzahlen pro bislang zugeteiltem Sitz vergeben.<sup>18</sup>

2014 betrug die Stimmenquote pro Sitz 45.838.<sup>19</sup> Aufgrund der Verteilung der restlichen Mandate in Schritt zwei und drei reichten bereits gut 30.000 Stimmen für eine Partei, um zumindest einen Sitz zu erhalten. Die Wahlbeteiligung betrug nach Angaben der Electoral Commission of South Africa (IEC) 73,48 Prozent. Sie berechnet sich nach der Zahl der registrierten Wähler, nicht der wahlberechtigten Bevölkerung. Es ist nicht einwandfrei festzustellen, ob der Anteil der registrierten Wähler an der wahlberechtigten Bevölkerung bei der Wahl 2014 wesentlich von dem Anteil 2009 abweicht. Der Grund ist darin zu suchen, dass die Zahl der registrierten Wähler amtlich festgestellt worden ist, die Zahl der theoretisch Wahlberechtigten („Voting Age Population“) jedoch auf Schätzungen beruht. Für 2014 wird der Anteil der registrierten Wähler an der wahlberechtigten Bevölkerung in den meisten Quellen mit 80,8 Prozent angegeben („Voters‘ roll“).<sup>20</sup>

Trotz aller offensichtlich drängenden Probleme im Lande verweist das Wahlergebnis auf eine erstaunliche Stabilität des südafrikanischen Parteiensystems. Der ANC blieb zwar deutlich unter der Zweidrittelmehrheit, doch sind seine Verluste von 3,75 Prozentpunkten bei einem Ergebnis von 62,15 Prozent der Stimmen alles andere als dramatisch (vgl. Tabelle 1). Dass er mit einem halben Prozentpunkt weniger als bei den ersten demokratischen Wahlen 1994 sein bislang schlechtestes Wahlergebnis einfuhr, ist dabei eher nebensächlich. Obwohl viele Wähler mit der inhaltlichen wie personellen Darstellung des ANC unzufrieden waren, lässt sich der Erfolg der Partei zu einem erheblichen Teil auf die wählerwirksame Kampagne „Do it for Madiba“ zurückführen. Hinzu kommt, dass *Jacob Zuma* „die Sprache der einfachen Leute“ spricht und von der großen Mehrheit der schwarzen Südafrikaner unverändert als „Hoffnungsträger“ angesehen wird.<sup>21</sup> Trotz Anklagen wegen wiederholter Vergewaltigung, Korruption und Bestechung, die alle aufgrund von Verfahrensfehlern fallen gelassen worden sind, genießt er immer noch ein hohes Ansehen, da er sich aus

Routledge 2014, S. 85 ff.; *Arend Lijphart*, South African Democracy: Majoritarian or Consociational?, in: *Democratization*, 5. Jg. (1998), H. 4, S. 144 – 150; *Murray Faure*, The Electoral System, in: *Journal of Theoretical Politics*, 8. Jg. (1996), H. 2, S. 193 – 208; *Lia Nijzink / Jessica Piombo*, Parliament and the Electoral System: How are South Africans Being Represented, in: *dies.* (Hrsg.), *Electoral Politics in South Africa*, Johannesburg 2006, S. 64 – 86; *Khabele Matlosa*, Electoral Systems, Constitutionalism and Conflict Management in Southern Africa, in: *African Journal on Conflict Resolution*, 4. Jg. (2004), H. 2, S. 11 – 54.

18 Vgl. Electoral Act 73 of 1998, Schedule 1A, Section 57A, in der durch die Gesetze 34 von 2003 und 55 von 2008 novellierten Fassung.

19 Siehe *James-Brent Styran*, Só word kwota-setels toegeken, in: *Beeld* vom 9. Mai 2014, <http://www.beeld.com/nuus/2014-05-09-s-word-kwota-setels-toegeken> (Abruf am 14. Juni 2014).

20 Zahlen aus [www.electionupdate.org.za/2014eu1stats.htm](http://www.electionupdate.org.za/2014eu1stats.htm) und [www.southafrica.info/about/democracy/registration-110214.htm#](http://www.southafrica.info/about/democracy/registration-110214.htm#). U629nrGebTo (jeweils Abruf am 18. Januar 2015). Zu einer Einschätzung siehe *Collette Schulz-Herzenberg*, The South African 2014 National and Provincial Elections. The Integrity of the Electoral Process, in: *Institute for Security Studies, Policy Brief 62* (2014), S. 1 – 7.

21 *Robert von Lucius*, Nelson Mandela und sein Erbe, in: *APuZ*, (2010), H. 1, S. 6 – 11, S. 9.

Tabelle 1: Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung in Südafrika 2014

Partei	Ergebnis 2014 (in Prozent)	Veränderung gegenüber 2009 (in Pro- zentpunkten)	Anzahl der gewonnenen Parlaments- sitze	Veränderung zu 2009
African National Congress (ANC)	62,15	-3,75	249	-15
Democratic Alliance (DA)	22,23	+5,57	89	+22
Economic Freedom Fighters (EFF)	6,35	Neue Partei	25	+25
Inkatha Freedom Party (IFP)	2,40	-2,15	10	-8
National Freedom Party (NFP)	1,57	Neue Partei	6	+6
United Democratic Movement (UDM)	1,00	+0,15	4	±0
Vryheidsfront Plus (VF PLUS)	0,90	+0,07	4	±0
Congress of the People (COPE)	0,67	-6,75	3	-27
African Christian Democratic Party (ACDP)	0,57	-0,24	3	±0
African Independent Congress (AIC)	0,53	Neue Partei	3	+3
Agang South Africa (AGANG SA)	0,28	Neue Partei	2	+2
Pan Africanist Congress of Azania (PAC)	0,21	-0,06	1	±0
African People's Convention (APC)	0,17	-0,03	1	±0
Sonstige Parteien	0,96			

Quelle: Electoral Commission of South Africa (IEC), <http://www.elections.org.za/content/Elections/National-and-provincial-elections-results/> (Abruf am 14. Juni 2014).

kleinen Verhältnissen bis an die Spitze hochgearbeitet hat und dennoch gewisse Traditionen der Zulus, wozu auch die Polygamie gehört, bewahrt hat.

Weit bedeutendere Verschiebungen ergaben sich innerhalb des Spektrums der Oppositionsparteien. Der Stimmenanteil der DA wuchs um ein Drittel auf gut 22 Prozent an, und die EFF konnten mit ihren an *Robert Mugabe* in Zimbabwe erinnernden radikalen Forderungen auf Anhieb 6,35 Prozent der Stimmen erreichen. Diese Oppositionsgewinne wurden aber zu einem erheblichen Teil durch die dramatischen Verluste des Congress of the People (COPE) kompensiert, der über neun Zehntel seiner Wähler verlor und von 7,42 Prozent bei der vorherigen Wahl auf 0,67 Prozent abstürzte.<sup>22</sup> Die Verluste von COPE und das Stimmenergebnis der EFF stellen zwar annähernd identische Größen dar, doch kann man hier keineswegs von einem glatten Wähleraustausch sprechen. Erstens sind COPE und die EFF Abspaltungen von konträren Flügeln des ANC, und zweitens sind die Provinzen,

22 Ende 2008 hatten nach dem vom ANC erzwungenen Rücktritt *Mbekis* vom Präsidentenamt dessen Gefolgsleute vom gemäßigten ANC-Flügel die Partei COPE gegründet. Sie erreichte bei den Wahlen 2009 respektable 7,42 Prozent der Stimmen. Vorausgegangen war ein Machtkampf zwischen *Thabo Mbeki* und *Jacob Zuma*, der sich in einer Kampf abstimmung dank massiver Unterstützung der ANC-Jugendliga unter Vorsitz von *Julius Malema* als ANC-Vorsitzender hatte durchsetzen können. Über die Hintergründe siehe *Ursula J. van Beek*, Südafrika: Liberal oder demokratisch?, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 438 – 452, S. 445 ff.

in denen COPE 2009 und die EFF 2014 jeweils über zehn Prozent der Stimmen erreichten, nicht identisch: COPE erzielte 2009 im Nordkap, Ostkap und Freistaat über zehn Prozent, die EFF 2014 jedoch in der Nordwestprovinz, in Gauteng und Limpopo – und in eben diesen drei Provinzen waren die ANC-Verluste überdurchschnittlich hoch, dazu noch in Mpumalanga. Die relativ hohen ANC-Verluste wie die überdurchschnittlichen Stimmengewinne der EFF in den drei genannten Provinzen lassen somit darauf schließen, dass dort zumindest ein wesentlicher Teil der ANC-Verluste der EFF zugute kam.

Die stärksten Einbußen erlitt der ANC in der wirtschaftlichen Kernregion Südafrikas, der Provinz Gauteng, wo er 9,84 Punkte verlor und nur noch auf 54,92 Prozent kam. Die Einführung einer Straßenmaut in der Provinz hatte dort vor der Wahl noch für zusätzlichen Unmut gesorgt. Neben einem zweistelligen Ergebnis für die EFF (10,26 Prozent) fallen in Gauteng vor allem die überdurchschnittlichen Zugewinne von 7,25 Prozentpunkten (auf 28,52 Prozent) für die DA auf, die zu einem gewissen Teil wohl mit den fast genau so hohen Verlusten des COPE in dieser Provinz von 7,27 Punkten korrelieren. Am höchsten waren die ANC-Verluste in Gauteng dabei in den allgemein als „Metros“ bezeichneten Metropol-Stadtgemeinden Johannesburg (minus 9,5), Ekurhuleni (East Rand, minus 11,1) und Tshwane (Pretoria, minus 10,1), wo der ANC jeweils nur noch etwas mehr als die Hälfte der Stimmen (zwischen 51 und 56,4 Prozent) erhielt. Die Einbußen des ANC in den Ballungszentren von Gauteng gehen nach Einschätzung des ANC-Generalsekretärs *Gwede Mantashe* in erster Linie auf Verluste von Wählern aus der urbanen schwarzen Mittelschicht zurück.<sup>23</sup> Der größte Teil dieser Wechselwähler hat offensichtlich die DA gewählt, während die Stimmen für die EFF eher aus der schwarzen Arbeiterschaft beziehungsweise Unterschicht stammen.

Auch ein Kuriosum ist beim Wahlergebnis zu verzeichnen: Eine neue und bislang völlig unbekannte Partei namens African Independence Congress (AIC) gewann mit 0,53 Prozent der Stimmen drei Parlamentssitze (vgl. Tabelle 1). Offensichtlich war der AIC aufgrund seines ähnlichen Namens, ähnlichen Logos und der gleichen Farben von einer Anzahl von Wählern mit dem ANC verwechselt worden.<sup>24</sup>

## 5. Rassenzugehörigkeit und Wahlverhalten

Die DA, die sich bislang überwiegend auf die Minderheiten der Weißen und Kap-Farbigen („Coloureds“) gestützt hatte, erhielt 2014 nach eigenen Aussagen etwa eine dreiviertel Million Stimmen schwarzer Wähler, was etwas weniger als einem Fünftel ihrer Gesamtstimmenzahl von 4,09 Millionen entspricht.<sup>25</sup> Deutlich erkennbar sind auch die Stimmen-

23 Vgl. *Llewellyn Prince*, ANC besorg oor lustelose steun van swart middelklas, in: Die Burger vom 8. Juni 2014, <http://www.dieburger.com/nuus/2014-06-08-anc-besorg-oor-lustelose-steun-van-swart-middelklas> (Abruf am 14. Juni 2014).

24 Vgl. *Verashni Pillay*, AIC or ANC? Unknown Party to win Parliament Seats, in: Mail & Guardian vom 9. Mai 2014, <http://mg.co.za/article/2014-05-09-novice-party-wins-parliament-seats-beating-agang-sa/> (Abruf am 9. Januar 2015).

25 760.000 Stimmen schwarzer Wähler, was etwa sechs Prozent der schwarzen Wählerschaft entspräche; vgl. „Black support grows for DA“, in: Sowetan vom 9. Mai 2014, [www.sowetanlive.co.za/news/2014/05/09/black-support-grows-for-da](http://www.sowetanlive.co.za/news/2014/05/09/black-support-grows-for-da) (Abruf am 11. Juli 2014); 700.000 schwarze Wähler nach *David Smith*, ANC Seals Fifth Election Victory in South Africa, in: The Guardian

gewinne der DA aus der schwarzen Wählerschaft in Gauteng. Der Anteil der rassistischen Minderheitengruppen beträgt in dieser Provinz nach der Volkszählung von 2011 22 Prozent. Die DA gewann dort immerhin 28,5 Prozent der Stimmen. Ein stark von den anderen Landesteilen abweichendes Ergebnis ergab sich – wie auch schon bei früheren Wahlen – in der Provinz Westkap. Dies ist die einzige Provinz Südafrikas, in der die Schwarzen mit etwa einem Drittel der Einwohner nur eine Minderheit darstellen, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes bei 80 Prozent liegt. Im Westkap, wo sich die DA-Vorsitzende *Helen Zille* zuerst als Oberbürgermeisterin von Kapstadt und dann als Regierungschefin (Premier) der Provinz profilieren konnte, verbesserte die DA ihr Ergebnis von 48,78 auf 57,26 Prozent. (Bei den gleichzeitig abgehaltenen Provinzwahlen erreichte sie im Westkap sogar 59,38 Prozent der Stimmen.) An diesem Vergleich des Westkap-Ergebnisses mit den anderen Provinzen ist erkennbar, dass das Wahlverhalten der Südafrikaner sich immer noch vornehmlich an der Rassenzugehörigkeit orientiert. Auch wenn der DA – speziell in Gauteng – gewisse Einbrüche in die schwarze Wählerschaft gelungen sind, so kann man daraus noch keineswegs ableiten, dass sie in absehbarer Zukunft die politische Dominanz des ANC ernsthaft gefährden könnte.<sup>26</sup>

Auffällig bei den Parlamentswahlen 2014 ist die Ausdifferenzierung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, die keinen homogenen Block mehr darstellt, der in der Vergangenheit in der Gegnerschaft zum Apartheidsystem geeint war: Einerseits stimmten schwarze Arbeiterschaft und die Mittellosen in den Armenvierteln überproportional für die EFF – auch wenn die ärmeren schwarzen Schichten in ihrer übergroßen Mehrheit immer noch treu zum ANC stehen. Würde es den EFF zukünftig gelingen, sich als Interessenvertretung der Township-Bewohner zu etablieren, dürften die mühsam ausgehandelten Ergebnisse der Transformation ernsthaft in Gefahr sein. Vor allem die schillernde Gestalt *Julius Malema*, ein begnadeter Populist mit rhetorischen Fähigkeiten, vermag auch die „born-free“-Generation anzusprechen und dürfte – abhängig vom Ausgang der gegen ihn laufenden Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung und Bestechlichkeit – den ANC von links unter Druck setzen. Andererseits wählte die urbane schwarze Mittelschicht zunehmend die liberale, wirtschaftsfreundliche DA, was auf eine gewisse Abschwächung des Einflusses ethnischer Kriterien auf das Wahlverhalten hinweist.

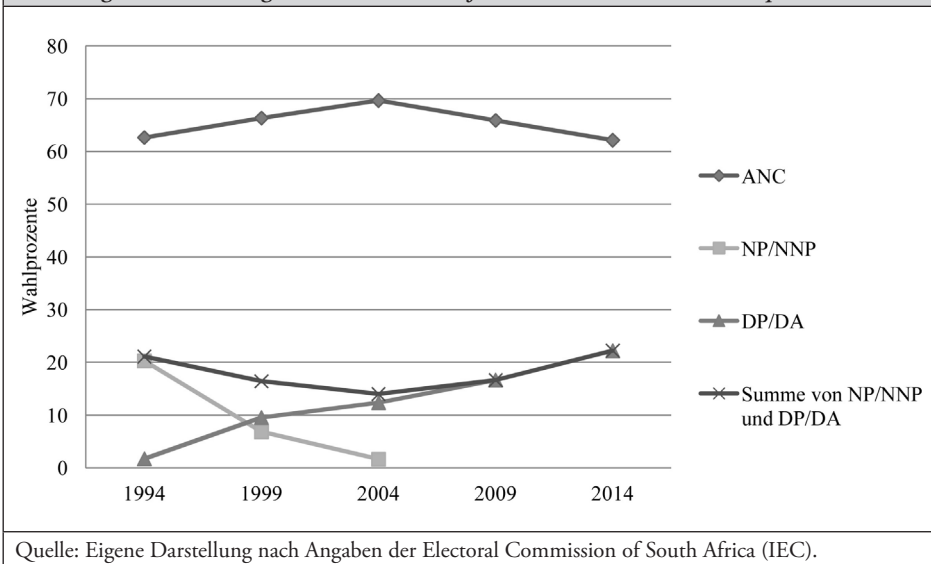
Werden die Stimmenanteile der maßgeblichen aus dem weißen Parteiensystem der Apartheid-Zeit herrührenden Parteien<sup>27</sup> summarisch mit denen des ANC in den fünf demokratischen Wahlen seit 1994 verglichen, sieht man, dass das Ergebnis von 2014 in etwa dem der ersten demokratischen Wahl vor 20 Jahren entspricht (vgl. Abbildung 1). In den ersten zehn Jahren ist ein Anstieg des ANC um etwa sieben Prozentpunkte auf fast 70 Prozent und ein Rückgang der Stimmen für die aus dem weißen Parteiensystem herrührenden Parteien um etwa dieselbe Marke auf zusammen 14 Prozent festzustellen. In den Wahlen von 2009 und 2014 hat der ANC diese Zugewinne wieder verloren, und die DA hat – als einzige noch existente hier berücksichtigte weiße Nachfolgerpartei – das summarische

(London) vom 9. Mai 2014, <http://www.theguardian.com/world/2014/may/09/anc-wins-fifth-election-south-africa-jacob-zuma> (Abruf am 10. Mai 2014).

26 Vgl. „Voting is Still on Racial Lines“, in: Cape Argus vom 19. Mai 2014, <http://www.iol.co.za/capeargus/voting-is-still-on-racial-lines-1.1690526> (Abruf am 19. Mai 2014).

27 Zur Kategorisierung der südafrikanischen Parteien *Jost F. Noller*, Das Ergebnis der südafrikanischen Wahlen, in: Gegenwartskunde, 43. Jg. (1994), H. 3, S. 353 – 357, S. 354.

Abbildung 1: Entwicklung der Parteien in Südafrika anhand der erzielten Wahlprozente



Ergebnis für die ursprünglich weißen Parteien von 1994 sogar noch leicht übertroffen. Bei den aus dem weißen Parteiensystem stammenden Parteien handelt es sich um die Democratic Party (DP) und ihre Nachfolgepartei, die DA, sowie um die frühere National Party (NP) und ihre Nachfolgepartei, die New National Party (NNP), die sich 2005 aufgelöst hat.

Diese quantitative Gegenüberstellung blendet jedoch aus, dass ein Großteil der afrikaanssprachigen Weißen, die im System der weißen Herrschaft mehrheitlich als Wähler und Funktionselite der Apartheid gelten können, politisch kaum mehr repräsentiert wird. Seit der Transformation sind sie kontinuierlich auf dem Rückzug. Und dieser Rückzug erfolgt nicht nur ins Private, sondern es findet auch ein regelrechter Exodus statt. 15 Prozent der weißen Bevölkerungsgruppe planen, das Land zu verlassen, während bereits jetzt 750.000 in Drittstaaten ausgewandert sind. Da die afrikaanssprachigen Weißen zunehmend in wirtschaftlicher wie sprachlich-linguistischer Hinsicht marginalisiert werden, können sich die meisten von ihnen mit dem gegenwärtigen politischen System nicht identifizieren und beteiligen sich nur sehr eingeschränkt an politischen Wahlen. Dies kann man an den Ergebnissen der afrikaans-nationalistischen Freedom Front / Vryheidsfront Plus ablesen, die seit 1994, als sie knapp 2,2 Prozent der Stimmen gewinnen konnte, immer unter einem Prozent blieb. Ein Teil der afrikaanssprachigen Weißen organisiert sich stattdessen anderweitig, wovon in der jüngsten Vergangenheit insbesondere rechte beziehungsweise rechtsextreme sowie neofaschistische Gruppierungen profitierten.<sup>28</sup>

Während der Schwarz-Weiß-Dualismus in der südafrikanischen Gesellschaft virulent bleibt und die Wahlentscheidung maßgeblich beeinflusst, nimmt die Bedeutung der ethni-

28 Zum Rechtsextremismus in Südafrika siehe *Thorsten Winkelmann*, Länderporträt: Südafrika, in: *Uwe Backes / Alexander Gallus / Eckhard Jesse* (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 23. Jg. (2011), S. 204 – 237; S. 205 ff.

Tabelle 2: Wahlerfolge von Inkatha (IFP) bei den Parlamentswahlen

Jahr	Prozent	Sitze
1994	10,60	43
1999	8,90	34
2005	6,98	28
2009	4,55	18
2014	2,40	10

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Electoral Commission of South Africa (IEC).

schen Zugehörigkeit für die Parteipräferenz seit geraumer Zeit ab. Stammeskulturelle Auseinandersetzungen zwischen Zulus und deren politischer Interessenvertretung, der Inkatha Freedom Party (IFP), einerseits, und dem von den Angehörigen anderer Bantustämme wie den Xhosas unterstützten ANC andererseits hatten während der Transformation in den 1990er Jahren über 2.000 Todesopfer gefordert.

Verluste der IFP (vgl. Tabelle 2), die ihre Hochburg in KwaZulu-Natal hat und ausschließlich die Interessen der Zulus vertritt, deuten darauf hin, dass stammeskulturelle Argumente zur Mobilisierung von Wählern immer weniger erfolgreich sind. Die von der IFP geforderte Restauration der Zulu-Monarchie hat bei der den unteren sozialen Schichten zugehörigen Wählerschaft keine Priorität, zumal die sich hier auch widerspiegelnde Auseinandersetzung zwischen Moderne und Tradition (Stadt und Land) durch die institutionelle Integration der so genannten „Traditional Leaders“ zu einem weithin akzeptierten Kompromiss geführt hat. Inhaltliche Differenzen über den künftigen Kurs sowie persönliche Rivalitäten hatten im Januar 2011 zur Folge, dass sich die National Freedom Party (NFP) von der IFP abspaltete und bei den Parlamentswahlen 2014 ebenfalls antrat. Beide Zulu-Parteien erreichten zusammen nur noch 3,97 Prozent der Stimmen beziehungsweise 16 Parlamentssitze. 2009 hatte die IFP noch mit 4,55 Prozent der Stimmen 18 Sitze gewonnen.

Der Zugewinn von Zulu-Stimmen für den ANC ist aber auch dadurch zu erklären, dass mit *Zuma* 2009 zum ersten Mal ein Zulu als ANC-Spitzenmann antrat, während die früheren führenden ANC-Politiker, wie auch *Mandela* und *Mbeki*, meistens Xhosas waren. Dies hatte bei vielen Zulus den Eindruck erweckt, der ANC vertrete nur unzureichend die Interessen ihrer Volksgruppe. Schon 2009 hatte der ANC einen Teil seiner Stimmenverluste durch Zugewinne in KwaZulu-Natal, wo die meisten Zulus leben, kompensieren können. Sein Stimmenanteil in dieser Provinz war damals von knapp 48 auf 64 Prozent angestiegen. Und dieser „Zuma-Faktor“<sup>29</sup> war auch 2014 in KwaZulu-Natal erkennbar, wo der ANC nochmals 1,3 Prozentpunkte zulegen konnte.

## 6. Regierungsbildung

Südafrika hat nach der Verfassung von 1996 ein ausgeprägtes präsidentielles Regierungssystem. Der Präsident ist nicht nur Staatsoberhaupt, sondern auch Regierungschef. Er muss auf der ersten Sitzung einer neugewählten Nationalversammlung von dieser gewählt wer-

29 Ursula J. van Beek, a.a.O. (Fn. 22), S. 448 f.

den. Diese kann ihn im Falle von Amtsunfähigkeit oder einer Amtsverfehlung mit Zweidrittelmehrheit wieder abwählen. Analog der Regelung in den USA ist seine Amtsdauer – wie auch die der Provinzpremiers – auf zwei Wahlperioden (jeweils fünf Jahre) beschränkt. An der Regierungsbildung ist die Nationalversammlung nicht beteiligt, da Ernennung wie Entlassung von Ministern und stellvertretenden Ministern in der ausschließlichen Kompetenz des Präsidenten liegen.

Bei der klaren ANC-Mehrheit war die Wiederwahl von *Jacob Zuma* als Präsident am 21. Mai 2014 unangefochten. Als stellvertretenden Präsidenten ernannte *Zuma* den früheren Gewerkschaftsführer, Vorsitzenden der Verfassungsgebenden Versammlung und jetzigen Vizepräsidenten des ANC, *Cyril Ramaphosa*, der heute ein reicher Geschäftsmann ist. Ihm wird eine gewisse Mitverantwortung am „Marikana-Massaker“ nachgesagt, da er einen Tag zuvor in einer Email den Streik verurteilt und eine „Begleitaktion“ gegen die Streikenden gefordert hatte. Das neue ANC-Kabinett besteht aus 35 Ministern und 37 stellvertretenden Ministern. Zu den Kabinettsmitgliedern gehört unter anderem *Lindiwe Sisulu*, die Tochter des Kampfgefährten von *Nelson Mandela*, *Walter Sisulu*, der über zwei Jahrzehnte mit ihm auf Robben Island inhaftiert gewesen war. Ferner gehören zwei prominente Mitglieder der Kommunistischen Partei, *Robert Davies* und *Tina Joemat-Peterson*, die beide als Kandidaten des ANC ins Parlament gewählt worden sind, dem Kabinett an. Die afrikaanssprachigen Weißen, die in der Apartheid-Ära Südafrika politisch beherrscht hatten, sind nur noch in der Person von *Derek Hanekom* vertreten, der schon seit Apartheid-Zeiten Mitglied im ANC ist und deshalb auch zeitweise inhaftiert gewesen war. In der Regierung *Mandela* war er Landwirtschaftsminister gewesen, zuletzt Wissenschafts- und Technologeminister, und übernahm im neugebildeten Kabinett das Tourismusministerium von *Marthinus van Schalkwyk*, dem letzten Vorsitzenden der burisch-afrikaans National Party (NP) wie ihrer 2005 aufgelösten Nachfolgepartei, der New National Party (NNP). Nach deren Auflösung hatte sich *van Schalkwyk* mit weiteren Abgeordneten der Partei dem ANC angeschlossen. Das Amt des Ministers für Tourismus hatte er in der ANC-Regierung zehn Jahre lang ausgeübt. Einen Tag nach Bekanntgabe der Ministerliste durch Präsident *Zuma* legte er am 26. Mai sein Abgeordnetenmandat nieder.<sup>30</sup>

Für afrikanische Verhältnisse ungewöhnlich war die Ernennung der sich offen zu ihrer Homosexualität bekennenden *Lynette Brown* zur Ministerin für öffentliche Unternehmen. Der stellvertretende Präsident und die Minister bis auf maximal zwei sowie alle stellvertretenden Minister müssen Abgeordnete sein. Mit der Wahl zum Präsidenten gibt dieser sein für die Wählbarkeit erforderliches Abgeordnetenmandat auf. Da die Möglichkeit einer Mandatsmitnahme bei einem Parteiwechsel seit 2009 wieder abgeschafft worden ist (Verbot des „Floor Crossing“<sup>31</sup>), ist die über sechzigprozentige Parlamentsmehrheit des ANC für die gesamte Wahlperiode von fünf Jahren festgeschrieben.

30 Vgl. *Andisiwe Makinana*, Van Schalkwyk Resigns from Parliament, in: Mail & Guardian vom 26. Mai 2014, <http://mg.co.za/article/2014-05-26-van-schalkwyk-resigns-from-parliament/> (Abruf am 18. Januar 2015).

31 Umfassend hierzu *Norbert Kersting*, Spannendes zum Mandatswechsel. Erneutes Verbot des Floor Crossing in Südafrika, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 453 – 465.

## 7. Am Ende des Regenbogens? – Ein Ausblick

Konzeptionell beschreibt sich Südafrika als rassen- und religionsübergreifende Gesellschaft, wofür stellvertretend *Nelson Mandela* und sein Werdegang stehen. *Desmond Tutu* hat dafür den Begriff der „Regenbogen-Nation“ geprägt. Das Fundament des friedlichen wie halbwegs einträglichem Zusammenlebens bleibt aber brüchig. Vor allem vor Wahlen revitalisiert vornehmlich der ANC die eingeübten Freund-Feind-Kategorien mit den darin enthaltenen klassischen Figuren des Bösen: Durch Attacken auf den Imperialismus lassen sich sowohl das in der Bergbauindustrie stark vertretene anglo-amerikanische Großkapital als auch neo-liberale Auswüchse der Wirtschaft zum Gegenstand von Polemik machen, während der Rückgriff auf die apartheidbedingte Ungleichheit zur pauschalen Verurteilung von Weißen geeignet ist. Einher damit gehen pauschale Vorwürfe an die Opposition, sie wolle das alte System der weißen Vorherrschaft wiederherstellen. Da sich der ANC als Befreiungsbewegung sieht, erhalten die eigenen Anliegen eine übergeordnete Legitimation. Notfalls wird sogar Surreales vorgebracht: So behauptete Sportminister *Fikile Mbalula* im Wahlkampf allen Ernstes, die DA regiere im Westkap mit der Hilfe von Hexerei.<sup>32</sup> Schwarze DA-Politiker belegt der ANC mit dem Wort „Kokosnuss“: außen schwarz, innen weiß.

Neben dem hier unter anderem zum Vorschein kommenden Schwarz-Weiß-Dualismus sieht sich Südafrika mit einer Reihe ungelöster Probleme konfrontiert. Kriminalität, Gewalt, Armut und fehlende Entwicklungsperspektiven für die Townships bedrohen den sozialen Frieden. Auf die nicht minder schwierigen wirtschaftlichen Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, politisierte wie streikfreudige Gewerkschaften, der „brain drain“ von Fachkräften ins westliche Ausland oder die allgemeine Kapitalflucht haben die Parteien bei den Parlamentswahlen 2014 kaum überzeugende Lösungsvorschläge präsentiert. Letztlich erschwert die politische Monokultur im von einer übermächtigen Regierungspartei dominierten politischen System inhaltliche Kontroversen ganz erheblich. Wie lange dieser Zustand anhält, ist ungewiss. 2014 profitierte der ANC von der starken emotionalen Bindung, die gerade schwarze und arme Wähler noch immer an die Befreiungsbewegung haben. Der geschichtliche Kitt zwischen Befreiung und Befreiungsbewegung wird jedoch immer schwächer. Schon im Wahlkampf hatten sich, als die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA dem ANC ihre Unterstützung entzog, unübersehbare Risse in der Dreiparteienallianz von ANC, SACP und COSATU offenbart.<sup>33</sup> Inzwischen wurde die NUMSA aus dem Gewerkschaftsdachverband COSATU ausgeschlossen und hat im Spätherbst 2014 eine neue linksgerichtete Bewegung namens United Front initiiert, in der auch *Ronnie Kasrils* mitwirkt. Möglicherweise erwächst hier dem ANC in der organisierten Arbeiterschaft eine neue, ernst zu nehmende Konkurrenz. Ferner ist zu bedenken, dass heute schon 40 Prozent der Südafrikaner nach 1994 geboren sind und somit keine persönlichen Erinnerungen an das System der Rassentrennung mehr haben. Für die „Born-frees“, die in Freiheit Geborenen, zählen weniger die heroischen Kämpfe von einst als vielmehr Bildung, Jobs und Zukunftsperspektiven – jene Bereiche, bei denen der ANC besonders schlecht aussieht. Statt andere

32 Vgl. *Xolani Koyana*, DA's Governing of WCape is ‚Witchcraft‘, in: Cape Times vom 7. April 2014, <http://www.iol.co.za/capetimes/da-s-governing-of-wcape-is-witchcraft-1.1672133> (Abruf am 7. April 2014).

33 Vgl. *Alexander Beresford*, Comrades ‚Back on Track‘? The Durability of the Tripartite Alliance in South Africa, in: *African Affairs*, 108. Jg. (2009), H. 432, S. 391 – 412.

Parteien zu wählen, breitet sich Resignation aus. So haben sich für die Wahl von 2014 lediglich ein Drittel dieser zum ersten Mal wahlberechtigten Jungbürger als Wähler registrieren lassen.<sup>34</sup> Damit besteht die reale Gefahr, dass die Zukunft Südafrikas *Mandelas* Erbe verspielt. Entscheidenden Einfluss darauf wird in fünf Jahren der Nachfolger *Jacob Zumas* im Präsidentenamt haben.

34 Vgl. *Collette Schulz-Herzenberg / Jakkie Cilliers*, South African Elections: Present Trends and Electoral Scenarios up to 2030, in: Institute for Security Studies (Pretoria), ISS Spotlight vom 9. April 2014, <http://www.issafrica.org/futures/events/south-african-elections-present-trends-and-electoral-scenarios-up-to-2030> (Abruf am 1. Juli 2014); 33,6 Prozent nach *Kobus Coetzee*, Million Born Frees won't Vote, in: The Cape Times vom 22. April 2014. Die Zeitung beruft sich dabei auf Angaben der Independent Electoral Commission (IEC), <http://www.iol.co.za/capetimes/million-born-frees-won-t-vote-1.1678549#.VAya3GOpJAo> (Abruf am 20. Juni 2014).